



Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.437.552

Wien, am 12. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 15. Juni 2022 unter der Nr. **11321/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „präventive Maßnahmen zum Schutz der Kinder vor sexuellen Missbrauch und Gewalt“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

- 1. Welche präventiven Maßnahmen wurden/werden von Ihrem Ministerium unterstützt bzw. selbst gesetzt, um für die verschiedenen Facetten von sexueller Gewalt, die Kindern und Jugendlichen widerfahren können, Bewusstsein zu schaffen und diese zu verhindern - einerseits bei den Kindern und Jugendlichen, andererseits bei den Eltern, Pädagogen und dem Personal in den betreffenden Einrichtungen, die Kinder betreuen?*

Zur Gewährleistung eines engmaschigen Netzes an Hilfsangeboten, um die Beratung und Betreuung von gewaltbetroffenen Frauen und Mädchen sicherzustellen, werden österreichweit Frauen- und Mädchenberatungsstellen, darunter auch neun

Fachberatungsstellen bei sexueller Gewalt, gefördert. Die genannten spezialisierten Hilfseinrichtungen wurden im Jahr 2022 signifikant ausgebaut um mehr Beratungsleistungen für Betroffene Frauen und Mädchen zu ermöglichen.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2020 im Rahmen eines gewaltspezifischen Förderaufrufs insgesamt 14 Projekte in Höhe von 1,25 Millionen Euro, im Jahr 2021 wurden im Rahmen eines weiteren gewaltspezifischen Förderaufrufs insgesamt 13 Projekte in Höhe von 1,6 Millionen Euro gefördert. Alle Projekte umfassen generell Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, darunter auch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen.

Um Täter verurteilen und damit auch weitere sexuelle Gewalt verhindern zu können, spielt die Beweissicherung und Dokumentation von Verletzungen eine entscheidende Rolle. Aus diesem Grund legte der Gewaltschutzgipfel 2021, den das Bundeskanzleramt gemeinsam mit dem Bundesministerium für Inneres veranstaltete – einen spezifischen Fokus auf das Thema Klinische Forensik.

Im Bereich Familie und Jugend werden laufend Initiativen gefördert, die dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor häuslicher Gewalt, sexuellen Übergriffen und Vernachlässigung dienen:

- Elternbildung dient der frühen Gewaltprävention bei Überforderung der Eltern
- Plattform gegen die Gewalt in der Familie: Förderung von 18 regionalen Gewaltpräventionsprojekten in den Bereichen „Physische, psychische und sexualisierte Gewalt gegen Kinder“ und „Gewalt an/unter Jugendlichen“
- Fachstelle für Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche und anteilige Finanzierung von Ausbildungslehrgängen für Prozessbegleitende im Rahmen eines Verwaltungsabkommens
- Kinderschutzzentren

Weiters publiziert das Bundeskanzleramt Broschüren wie z.B. „(K)ein sicherer Ort – Kindeswohlgefährdung erkennen und helfen“ und Kinderbüchlein (Auf hoher See, Gute Aussichten) und betreibt Webseiten zur Sensibilisierung, Prävention von Gewalt und Hilfestellung bei Gewalt z.B. www.eltern-bildung.at und www.gewaltinfo.at.

Zu Frage 2:

2. Ist Ihnen die Initiative „Bündnis-Kinderschutz-Österreich“ bekannt?

Das „Bündnis-Kinderschutz-Österreich“ ist bekannt.

Zu Frage 3:

3. *Welche anderen Initiativen sind Ihnen bekannt, die sich aktiv für den Kinderschutz einsetzen?*

Kinderschutz ist die zentrale Aufgabe der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfeträger sowie der privaten Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen. Zu letzteren zählen die fast 30 Kinderschutzzentren in Österreich, die präventiv, beratend, begleitend und therapeutisch tätig sind. Der Bundesverband Österreichischer Kinderschutzzentren hat zudem die Initiative „Allianz Kinderschutz“ gegründet, die unterschiedlichste Organisationen vereinigt, die sich dem Kinderschutz verpflichtet fühlen. Weiters engagieren sich die Mitglieder der Plattform gegen die Gewalt in der Familie (Auflistung unter www.gewaltinfo.at) für Prävention von und für fachgerechte Intervention bei allen Formen von Gewalt.

Zu den Fragen 4 bis 8:

4. *Welche juristische Opferbetreuung wird nach der Tat umgehend angeboten?*
5. *Wer trägt die Kosten dafür?*
6. *Welche psychologische Opferbetreuung wird nach der Tat umgehend angeboten?*
7. *Wer trägt die Kosten dafür?*
8. *Wie werden die Eltern bei der Aufarbeitung unterstützt?*

Opfer von Gewalt sowie Bezugspersonen unmündig minderjähriger Opfer haben einen Rechtsanspruch sowohl auf psychosoziale als auch juristische Prozessbegleitung. Die federführende Zuständigkeit und die Finanzierung der psychosozialen und juristischen Prozessbegleitung liegt im Bundesministerium für Justiz.

Das Bundeskanzleramt finanziert die Qualitätssicherung in der Prozessbegleitung von Minderjährigen mit der Förderung der Fachstelle für Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche und trägt eine anteilige Finanzierung von Ausbildungslehrgängen für Prozessbegleitende im Rahmen eines Verwaltungsabkommens.

MMag. Dr. Susanne Raab

